



Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2015/2132(BUD)

4.9.2015

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Haushaltsausschuss

zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das
Haushaltsjahr 2016
(2015/2132(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Péter Niedermüller

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Aufstockung des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) um 31,2 % bei den Verpflichtungen und 35 % bei den Zahlungen im Vergleich zu 2015; ist der Ansicht, dass diese Aufstockung es um so notwendiger macht, eine faire und transparente Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Ziele des AMIF sicherzustellen; vertritt die Auffassung, dass die EU-Mittel für die Aufnahme und die Integration von Migranten und Asylbewerbern erheblich aufgestockt werden sollten, entgegen der Priorität, die derzeit Grenzkontrollen und weiteren kostspieligen Sicherheitsmaßnahmen wie Verwaltungshaft eingeräumt wird, deren Wirksamkeit nicht erwiesen ist und die oft die Rechte der Migranten verletzen; fordert die Kommission auf, vorrangig zusätzliche Ressourcen für ausgewiesene konkrete Maßnahmen an Mitgliedstaaten zuzuweisen, die sich zu Maßnahmen bereit erklären, die auf die Aufnahme und Integration von Migranten und Asylbewerbern abzielen; erachtet es als erforderlich, getrennte Haushaltslinien für die vier spezifischen Ziele des AMIF sowie eine neue Haushaltslinie für den Notfall-Mechanismus zur Umsiedlung zu schaffen;
2. ist der Ansicht, dass die gegenwärtige Flüchtlingskrise die Notwendigkeit offenbart, im Haushaltsplan 2016 erheblichen Spielraum und Kapazität zu schaffen, um eine raschere und umfangreichere Unterstützung der Mitgliedstaaten zu gestatten, die die meisten Ankömmlinge verzeichnen, sowie die Mitgliedstaaten bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zu unterstützen;
3. begrüßt die Aufstockung des ISF, da Grenzschutz und -sicherheit für die Union wesentliche Aspekte sind, einschließlich einer Ausweitung der Sicherheitsagenda und Stärkung des Europäischen Zentrums für Terrorismusbekämpfung;
4. ist der Ansicht, dass statt der gegenwärtigen Ad hoc-Beschlüsse ein langfristigeres Konzept für Such- und Rettungsmaßnahmen benötigt wird; schlägt deshalb eine neue Haushaltslinie für einen EU-Such- und Rettungsfonds zur Finanzierung derartiger Maßnahmen vor;
5. unterstützt den Vorschlag, das Flexibilitätsinstrument zu mobilisieren, um den Notfall-Mechanismus zur Umsiedlung teilweise zu finanzieren, ist jedoch der Auffassung, dass die Obergrenze für die Rubrik 3 weiter angehoben werden muss, damit die EU ihre Verpflichtungen im Bereich Asyl und Migration erfüllen kann; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, den MFR im Rahmen der Halbzeitüberprüfung 2017 zu überarbeiten;
6. erachtet es als notwendig, die Mittelansätze aller Agenturen im Bereich Justiz und Inneres zu erhöhen, wenn die besonderen Herausforderungen in diesem Politikbereich und die ständig zunehmenden Aufgaben dieser Agenturen berücksichtigt werden; weist darauf hin, dass diese Agenturen neue Aufgaben übernehmen müssen, die in Zusammenhang stehen mit den Mechanismen zur Umsiedlung und Neuansiedlung von Flüchtlingen, Such- und Rettungsmaßnahmen auf See, der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, den aktuellen Beschlüssen und Strategien zur

Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens, einschließlich der Cyberkriminalität, sowie der Schleusung von Migranten; ist der Ansicht, dass Frontex, Europol, EASO und Eurojust mehr Personal benötigen als von der Kommission vorgeschlagen;

7. begrüßt die vorgeschlagene Mittelerhöhung für Frontex, da sie die Ausweitung der Maßnahmen im Rahmen von Triton und Poseidon erlaubt; schlägt die Schaffung einer gesonderten Haushaltslinie für diese gemeinsamen Maßnahmen im Rahmen von Frontex vor, um ihre Transparenz zu verbessern;
8. ist der Ansicht, dass eine kohärente europäische Reaktion in Bezug auf Such- und Rettungsmaßnahmen im Mittelmeer von Grenzverwaltungs- und -kontrollmissionen unabhängig und als eigenständige Mission angelegt sein muss; schlägt deshalb eine neue Haushaltslinie für einen EU-Such- und Rettungsfonds zur Verstärkung und Unterstützung von Such- und Rettungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten vor;
9. betont, dass die Haushaltsauswirkungen der Maßnahmen, die als Teil der Europäischen Sicherheitsagenda vorgestellt wurden, insbesondere im Zusammenhang mit Europol und seinen Aufgaben im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus, der organisierten Kriminalität und der Cyberkriminalität, ausführlicher von der Kommission erläutert und dargelegt werden sollten; unterstreicht, dass für 2016 ein angemessener Haushalt und ein adäquater Personalbestand für Europol sichergestellt werden müssen, damit die Behörde in die Lage versetzt wird, ihre Aufgaben tatsächlich wahrzunehmen, insbesondere in Bezug auf das neue Europäische Zentrum für Terrorismusbekämpfung, das im Rahmen von Europol eingerichtet werden soll;
10. fordert die Kommission auf, im Rahmen der Europäischen Sicherheitsagenda die Finanzmittel für präventive Aktionen und Maßnahmen gegen Radikalisierung und Gewaltbereitschaft zu erhöhen, insbesondere mittels des Aufklärungsnetzwerks gegen Radikalisierung und seines künftigen Exzellenzzentrums; bekräftigt die Bedeutung der entsprechenden Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus;
11. fordert eine Stärkung der EBDD in Anbetracht der geplanten Annahme der Verordnung über neue psychoaktive Substanzen, wodurch der EBDD zusätzliche Aufgaben übertragen werden;
12. betont, dass die Haushaltsmittel für Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsmaßnahmen erhöht werden müssen; fordert, dass spezifische Finanzmittel bereitgestellt werden, um gegen den zunehmenden Antisemitismus, die steigende Islamfeindlichkeit, Afrophobie und Romafeindlichkeit in den Mitgliedstaaten vorzugehen; fordert die Union insbesondere auf, Vorhaben zu unterstützen, die auf die Stärkung von Frauen und Mädchen aus den betreffenden Gemeinschaften abzielen.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	3.9.2015
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 38 -: 6 0: 7
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Gerard Batten, Heinz K. Becker, Malin Björk, Caterina Chinnici, Ignazio Corrao, Frank Engel, Cornelia Ernst, Laura Ferrara, Monika Flašíková Beňová, Mariya Gabriel, Kinga Gál, Nathalie Griesbeck, Sylvie Guillaume, Brice Hortefeux, Filiz Hyusmenova, Sophia in 't Veld, Eva Joly, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Timothy Kirkhope, Barbara Kudrycka, Marju Lauristin, Juan Fernando López Aguilar, Monica Macovei, Vicky Maeijer, Louis Michel, Claude Moraes, József Nagy, Péter Niedermüller, Soraya Post, Birgit Sippel, Csaba Sógor, Traian Ungureanu, Bodil Valero, Marie-Christine Vergiat, Udo Voigt, Beatrix von Storch, Josef Weidenholzer, Cecilia Wikström, Kristina Winberg, Tomáš Zdechovský
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Marina Albiol Guzmán, Hugues Bayet, Pál Csáky, Teresa Jiménez-Becerril Barrio, Ska Keller, Miltiadis Kyrkos, Andrejs Mamikins, Elly Schlein, Josep-Maria Terricabras, Kazimierz Michał Ujazdowski, Axel Voss